



Afghanische Juristenvereinigung in Europa

11. Dezember 2017

Alternative für Deutschland Bundesgeschäftsstelle Schill Straße. 9 / 10785 Berlin

Terroristen haben Afghanistan in einen Schlachthof verwandelt, bitte schieben Sie die afghanischen Flüchtlinge nicht in den Tod

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir, die afghanische Juristenvereinigung in Europa, nehmen Bezug auf unsere letzten Schreiben vom 3. Oktober 2016, 20. Dezember 2016 und 22. Februar 2017 und möchten erneut unsere Sorgen und Befürchtungen bzgl. der Abschiebung afghanischer Flüchtlinge aus Europa und insbesondere aus Deutschland äußern.

Die Terroristen haben Afghanistan in einen Schlachthof verwandelt. Die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich drastisch verschlechtert. Die schrecklichen Terroraktionen werden tagtäglich in diversen Medien in Europa behandelt und gelten als Bestätigung dafür, dass sich die Sicherheitslage in den Städten und Dörfern Afghanistans extrem verschlechtert hat. Tausende Menschen wurden bei Gefechten und Anschlägen diverser terroristischer Gruppierungen, wie Daesh/ISIS und Taliban getötet und verletzt. Diese Terroristen begehen schwerste Menschenrechtsverletzungen und verüben Kriegsverbrechen.

Aus unserer Sicht ist die Abschiebung der afghanischen Flüchtlinge in diesem von Krieg zerrissenen Land nicht mit der Allgemeinen Menschenrechtserklärung vereinbar, insbesondere verstößt sie gegen Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK).

Folgende Fakten bereiten große Sorgen:

Die Sicherheitslage in Afghanistan ist viel schlimmer als gedacht. Täglich sterben Hunderte Menschen in Kabul, in den Provinzen und den Dörfern des Landes. Die Zahl der Todesopfer und

Verletzten steigt täglich in vielen der 34 Provinzen. Im laufenden Jahr sind viele Dörfer, Städte, Wohngebiete, Schulen, Krankenhäuser, Moscheen, Regierungseinrichtungen und Handelszentren Ziel der Terroraktionen geworden. Angst und Panik herrscht unter der Zivilbevölkerung. Die Gewalt ist alltäglich geworden: Zivilisten werden entführt, gefoltert, ermordet. Es werden Köpfe abgeschnitten, Frauen werden angegriffen, verbrannt, gesteinigt, Kinder werden misshandelt, Massenhinrichtungen und Zerstörung von Dörfern finden statt. All diese schrecklichen Taten sind keine Einzelfälle in diesem Land.

Die Zahl der Opfer wird in den Medien oft unterschätzt. Aus den Dörfern und Gebieten, die unter der Kontrolle der Regimegegner sind, erhält man keine genauen Informationen über die Zivilopfer. Jedoch ist bekannt, dass die Zahl der Zivilopfer im Vergleich zum Vorjahr um mindesten 30 % Prozent gestiegen ist. In den letzten Monaten ist die Zahl der Zivilopfer enorm gestiegen. Es gibt in Afghanistan kaum sichere Orte. Unter den schwersten Bedingungen der Menschenschmuggler sowie Inkaufnahme der größten Gefahren – sei es das Ertrinken beim Versuch das Mittelmeer in Richtung Europa zu überqueren, oder Verhungern/Verdursten während der Flucht – fliehen die Menschen aus Afghanistan vor dem Tod.

Gemäß dem UN-Bericht vom 6. Februar 2017 wurden im vergangenen Jahr 2016 11.418 Menschen Opfer durch Terror und Krieg in Afghanistan. 3.498 wurden getötet und 7.920 verletzt, davon 923 Kinder getötet und 2.569 Kinder verletzt. Mit anderen Worten sind unter den zivilen Opfern 30% Kinder. Die Zahl der nicht registrierten Opfer wurde hier nicht berücksichtigt.

Dem neuesten Bericht der UNAMA vom 26. November 2017 zu Folge, wurden in den ersten neun Monaten dieses Jahres 8.118 Zivilisten Opfer terroristischer Anschläge, davon 2.640 Todesopfer und 5.379 Verletzte. Die Aktivitäten der Terrorgruppen in Afghanistan haben enorm zugenommen und kaum eine Stadt ist davon verschont geblieben.

Allein in den vergangenen Wochen wurden hunderte Opfer diverser terroristischer Anschläge:

- 17. Oktober 2017: in der Provinz Paktia sterben 42 Menschen und 15 werden verletzt
- 17. Oktober 2017: in der Provinz GHAZNI sterben 30 Menschen und 10 werden verletzt
- 19. Oktober 2017: in der Provinz Kandahar sterben 43 Menschen
- 20. Oktober 2017: in einer Moschee in der Provinz GHOR sterben 20 Menschen und 10 werden verletzt
- 20. Oktober 2017: in einer Moschee in Kabul sterben 56 Menschen und 54 werden verletzt
- 22. Oktober 2017: in der Universität Kabul sterben 15 Menschen und 4 werden verletzt
- 22. Oktober 2017: in einem Restaurant in der Provinz TAKHAR sterben 3 Menschen und 7 werden verletzt
- 31. Oktober 2017: in Kabul sterben 5 Menschen und 22 werden verletzt

- 7. November 2017: in einem Gebäude der Fernsehstation „SHAMSHAD“ in Kabul sterben 2 Menschen und 20 werden verletzt

Darüber hinaus wackelt in Afghanistan die Staatsautorität, es herrscht Chaos, Anarchie, Gesetzlosigkeit, Korruption und Verletzung der Menschenrechte. Dies alles sind Gründe dafür, weshalb die Afghanen unter den unerträglichsten Bedingungen und Inkaufnahme größter Gefahren versuchen, Europa, ins besondere Deutschland zu erreichen.

Nach 2001 sind viele Afghanen aus verschiedenen Ländern mit großen Hoffnungen und Visionen in ihre Heimat zurückgekehrt, aber die korrupten Herrscher haben alle möglichen Chancen des gerechten Wiederaufbaus des Landes zunichte gemacht. Viele Hilfszahlungen in Millionen- bzw. Milliardenhöhe sind durch Zweckentfremdung und Korruption in die falschen Hände geraten und in falschen Kanälen geflossen. All diese korrupten Menschen lebten früher in Armut und haben nun Dank der ganzen Hilfgelder Paläste und Häuser für sich und ihre Angehörigen gebaut und führen ein Leben in Saus und Braus und Reichtum. Die Gelder, die für die Wiedereingliederung der rückkehrenden Flüchtlinge vorgesehen sind, werden von korrupten Behörden einfach unterschlagen.

Es gibt in Deutschland führende Persönlichkeiten und Politiker, die die Probleme der afghanischen Flüchtlinge kennen und darüber, ob die afghanischen Flüchtlinge abgeschoben werden sollen oder nicht, diskutieren. Wir bitten daher die Bundesrepublik Deutschland und die deutsche Justiz die erwähnten Gefahren, mit denen die zurückgeschickten afghanischen Flüchtlinge konfrontiert werden, zu bedenken und zu berücksichtigen. Wenn die hier lebenden afghanischen Flüchtlinge Straftaten begehen oder aus schwerwiegenden Gründen eine Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eine Gefahr für die Allgemeinheit darstellen, befürworten auch wir die Abschiebung dieser Straftäter.

Wir bedanken uns im Voraus für die Berücksichtigung.

Mit freundlichen Grüßen
Vorstand der afghanischen Juristenvereinigung in Europa